

Ä5 2. Für Zusammenhalt, Freiheit und Sicherheit.

Antragsteller\*in: LAG Soziales, Gesundheit & GewerkschaftsGrün

Beschlussdatum: 21.04.2026

## Text

Von Zeile 633 bis 634 einfügen:

Diskriminierung durch staatliche Stellen effektiv zu verhindern und Betroffenen rechtliches Gehör und Entschädigung zu ermöglichen.

Die Neugründung des Landesamts für Soziales, Jugend und Gesundheit begleiten wir kritisch. Sie muss zu transparenteren und effizienteren Verwaltungsprozessen führen. Informationen an Betroffene über Antragsverfahren dürfen nicht länger von individuellen Sachbearbeiter\*innen abhängen. Diese müssen entlastet werden und mittels digitaler Unterstützung dazu in der Lage sein, Antragsverfahren innerhalb von maximal 3 Monaten durchzuführen.

Kürzungen im Bereich der Eingliederungshilfe stellen wir uns entschieden entgegen.

## Begründung

Die Sozialagentur des Landes wurde in das neue Landesamt für Soziales, Jugend und Gesundheit überführt. Doch damit ist zunächst kein Problem gelöst: Sachbearbeiter\*innen versinken in der Arbeit mit mehreren hundert Fällen pro Person, mehrere zehntausend Menschen warten viel zu lange auf die Anerkennung ihrer Schwerbehinderung, selbst Kinder warten z. T. länger als ein Jahr auf eine Entscheidung über ihre Leistung der Eingliederungshilfe. Zudem waren Sachbearbeiter\*innen der Sozialagentur für Betroffene nicht erreichbar. Mit der Neugründung wurden Verbesserungen versprochen, doch zunächst bedeutet Neugründung, dass Strukturen umgestaltet werden, was ebenfalls Kapazitäten bindet. Daher muss der weitere Verlauf der Neugründung kritisch begleitet werden.

Dass wir dem katastrophalen Kahlschlag-Ideen der Bundesregierung im Bereich der Eingliederungshilfe entgegenstehen, sollte selbstverständlich sein.